



Friedliche Revolution und Wiedervereinigung (1989/90)

Systemkrise der DDR in den 80er Jahren

Wirtschaftsgeschichte der DDR

- Sommer 1945 Bodenreform
- 1945/46 Schwerindustrielle Betriebe in sowjetische Aktiengesellschaften überführt, Verstaatlichungen
- Okt. 1947 Deutsche Wirtschaftskommission (DWK): erste zentrale Planungsbehörde der SBZ
- Juni 1948 Währungsreform
- Okt. 1949 Gründung der DDR: Planwirtschaft, Recht auf Arbeit
- 1951 Erster Fünfjahresplan
- 1952–1960 Kollektivierung der Landwirtschaft
- Mai 1953 Normerhöhung um 10%
- 1958 Einführung des „Unterrichtstages in der Produktion“
- 1963 „Neues System der ökonomischen Planung und Leitung“
- 1968 „Ökonomisches System des Sozialismus“
- 1971 Ausbau der Sozialpolitik unter Honecker
- 1973/74 Weltweite Ölkrise
- 1980 Zwangsumtausch für westliche Reisende in die DDR erhöht
- 1982 Finanzkrise der DDR
- 1983/84 Milliardenkredite der BRD

Staatliche Subventionen

- Hilfsleistungen des Staates an die Wirtschaft, um die Marktpreise für politisch erwünschte Zwecke künstlich zu senken. Der SED-Staat subventionierte zum Beispiel
- Nahrungsmittel mit 46 %
 - Verkehrsleistungen mit 65 %
 - Wohnungsmieten mit 70 %

Mangelwirtschaft

Die Unzufriedenheit der DDR-Bürger mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation im real existierenden Sozialismus (s. S. 120) war also nicht die alleinige, wohl aber eine wesentliche Ursache für den Zusammenbruch des Systems 1989/90. Zwar verbesserte sich der Lebensstandard in der DDR seit den 1950er-Jahren kontinuierlich, er blieb jedoch weit hinter dem der Westdeutschen zurück. Die Planwirtschaft (s. S. 91) der DDR mit ihren hohen staatlichen Subventionen* für Waren und Güter des täglichen Bedarfs war und blieb eine Mangelwirtschaft (M2–M5), die an die Leistungen der westdeutschen Markt- und Konsumgesellschaft nicht heranreichte. Um die Unzufriedenheit der DDR-Bürger abzubauen, beschritt Erich Honecker in den 1970er-Jahren neue Wege. Die von ihm propagierte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (M7) diente dem Ziel, die Versorgungslage und den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben. So stieg der allgemeine Wohlstand in der DDR, doch gleichzeitig auch die Staatsverschuldung. Diese wurde zusätzlich vergrößert durch die wirtschaftlichen Veränderungen seit der Ölkrise 1973/74. Die Sowjetunion verlangte jetzt von der „Brudernation“ DDR für Erdöl- und Erdgaslieferungen den Weltmarktpreis in Dollar. Die DDR musste deswegen den Westhandel einschränken, sodass auch die ohnehin knappen Devisenvorräte für eine Modernisierung der DDR-Industrie zurückgingen.

Gegen Ende der 1980er-Jahre hatten die Wirtschaftsprobleme in der DDR Ausmaße erreicht, die ohne grundlegende Strukturereformen nicht mehr zu bewältigen waren. Die Planwirtschaft erwies sich als unfähig, die Bevölkerung flexibel mit den benötigten Gütern und Waren zu versorgen. Ohne den Lebensstandard der Bevölkerung drastisch abzusenken, hätte die DDR ihre hohen Schulden im Westen nicht mehr bezahlen können. Hinzu kam, dass viele Wohnungen kaum oder nicht mehr bewohnbar waren und die Städte zunehmend verfielen. Außerdem nahmen aufgrund der wachsenden Umweltprobleme die Sorgen vieler Menschen um ihre Gesundheit zu. Dieser Niedergang von Wirtschaft und Gesellschaft beschleunigte das Ende der kommunistischen Diktatur in der DDR dramatisch (M7, M8).

Die DDR in der Krise

Der politische, wirtschaftliche und soziale Niedergang und Verfall der DDR seit den ausgehenden 1970er-Jahren mündete in den 1980er-Jahren in eine allgemeine Systemkrise. Sie konnte lange Zeit verschleiert werden durch die Routine des Partei- und Staatsapparats. Dieser milderte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder die wachsende Staatsverschuldung durch die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik, denen die Europäische Gemeinschaft (EG) einen privilegierten Status eingeräumt hatte. Aber auch glanzvolle Ereignisse wie die Eröffnung der wiederaufgebauten Semper-Oper in Dresden 1985 oder der Besuch Erich Honeckers (s. S. 117) in Bonn 1987 lenkten von den Problemen ab.

(1) Die Systemkrise zeigte sich erstens als Wirtschaftskrise. Schon 1982 drohte der DDR ein finanzieller Ruin, der 1983 und 1984 durch Milliardenkredite bundesdeutscher Banken, für die die Bundesregierung bürgte, abgewendet werden konnte. Diese materielle Unterstützung verhinderte jedoch nicht den ökonomischen Niedergang der veralteten und technologisch rückständigen DDR-Industrie und auch nicht die sich ausweitende Umweltkatastrophe, weil für Umweltschutz kein Geld vorhanden war. Die Bürger verdienten zwar gut, hochwertige Konsumgüter waren aber teuer und nur schwer zu bekommen.

(2) Die Unzufriedenheit der DDR-Bürger mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation führte zweitens zu einer Glaubwürdigkeitskrise (M6). Viele Bürger gaben die Hoffnung auf bessere Verhältnisse auf. Die politische Distanz zum Staat wuchs, vor allem bei den Jüngeren. Mitverantwortlich dafür waren die „bedarfsgerecht“ gelenkte Berufsausbildung und die eingeschränkte Möglichkeit zu studieren. 1972 gab es insgesamt rund 150000 Studierende in der DDR, 1984 nur noch 130000. Junge Menschen fühlten sich um ihre Zukunft betrogen: Weder sozialen Aufstieg wie den Älteren noch die Verwirklichung individueller Lebensentwürfe stand ihnen das SED-Regime zu. Es wurde immer deutlicher, dass die kommunistischen Machthaber nicht in der Lage waren, die Versprechungen auf eine Verbesserung der allgemeinen Lage einzulösen.

(3) Die innere Krise wurde drittens verstärkt durch die zunehmende außenpolitische Isolierung der DDR. Ängstlich auf ihre Macht bedacht, vergaß die kommunistische Elite, wer diese Macht garantierte: die Sowjetunion. Zwar begrüßte die SED die vom sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow 1985 eingeleitete neue Runde der Entspannungspolitik, weigerte sich aber, die innenpolitischen Reformen „Perestroika“ und „Glasnost“ (s. S. 132), auf die DDR zu übertragen. Staats- und Parteichef Honecker war bewusst, dass eine Öffnung der DDR das Ende dieses Staates einläuten würde. Er propagierte den „Sozialismus in den Farben der DDR“, also die Fortsetzung eines dogmatischen Staatsozialismus. Und die SED gab die Devise aus: „Keine Fehlerdiskussion“. Damit begab sich die DDR-Führung in einen ideologischen Zweifrontenkrieg. Wie sollte sie ihren Bürgern klarmachen, dass nicht nur der „imperialistische Westen“, sondern auch die „brüderliche Schutzmacht“ Sowjetunion eine Gefahr für die DDR darstellte?

M1: "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit ...", Karikatur von Walter Hanel 1988



*Anfangszeile eines populären Liedes der Arbeiterbewegung, das auch auf SED-Parteitagungen gesungen wurde.



Stellen Sie die Aspekte der Systemkrise der DDR in den 1980er Jahren in einer Mindmap dar. Unterscheiden Sie hierbei zwischen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und außenpolitischen Krisenfaktoren.